



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Stadtvertretung

23.06.2023

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 22.06.2023

Sitzungsort:

IKT-Ost AöR, 3. OG Raum 3.01, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Unterbrechung: 17:17 Uhr bis 17:28 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 37 Mitglieder der Stadtvertretung
86,05 %

Entschuldigt: Ratsherr Fink (AfD)
Ratsherr Prof. Freigang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ratsherr Giermann (CDU/FDP-Fraktion)
Ratsherr Mantseris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ratsfrau Reinsdorf (DIE LINKE)
Ratsfrau Strelow (AfD)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident eröffnet die 34. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 13.06.2023).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 33. Sitzung der Stadtvertretung am 27.04.2023

Abstimmung: Die Niederschrift wird mit 37 Dafürstimmen bestätigt.

**TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
Vorlage: INF/VII/0198**

Ratsherr **Bromberger** (CDU/FDP-Fraktion) fragt nach zum Punkt City-Ticket. Es wurde als Antwort in den Bericht des Oberbürgermeisters vermerkt, dass die Bearbeitung oder die Vertragsverhandlung aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets momentan die Kapazitäten übersteigt. Es sei nicht klar, ob das bei den Neubrandenburger Stadtwerken der Fall ist, bzw. bei den Neubrandenburger Verkehrsbetrieben oder bei der Deutschen Bahn.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, antwortet, dass das Problem bei der Deutschen Bahn liege und mit dem dortigen Personalengpass in Zusammenhang stünde.

Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt zum Passus Große Wollweberstraße. Im Stadtentwicklungsausschuss wurde einstimmig vereinbart, für die Ersatzpflanzung Baumumfänge von 35 cm – 42 cm zu nehmen. Im Bericht des Oberbürgermeisters, werden die Baumumfänge mit 30 cm – 35 cm benannt. Welche sind die richtigen.

Herr **Witt** antwortet, dass die Baumumfänge 35 cm – 42 cm korrekt seien.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat eine Nachfrage zum Passus der 360°-Erfassung der Räumlichkeiten der Haftanstalt. Für welchen Zweck erfolgte die Erfassung und wie der Stand bei den Schritten zur Gedenkarbeit ist, die mit dem Moratorium beschlossen wurden.

Herr **Witt** antwortet, dass die Hochschule die 3D-Vermessung in der Podiumsdiskussion oder den Foren als Projekt angeboten hätte. Die Datenaufnahme sei nicht komplett, aber zum großen Teil erfolgt.

Weiterhin wurde dem Ministerium der Beschluss des Moratoriums mitgeteilt. Daher werde in den nächsten 5 Jahren dazu nichts stattfinden.

Man führe Gespräche sowohl mit Opferverbänden als auch mit den gegründeten Vereinen, in welcher Form dort weiter eine Diskussion geführt werden könne. Im 3. Quartal werde es möglicherweise eine Diskussionsrunde geben.

Ratsfrau **Kanew** (fraktionslos) hat eine Anfrage zu 2.3.1 Große Wollweberstraße, bezugnehmen zur Anfrage von Ratsfrau Wegner. In welchem Zeitraum, bzw. bis wann werden die Ersatzpflanzungen umgesetzt?

Zu 2.6.1 Bootsschuppen am Tollensesee – Brandschaden fragt sie, da aus dem Bericht des Oberbürgermeisters hervorgehe, dass derzeit für die Weiterberechnung anteiliger Kosten eine juristische Bewertung erfolgt, ob die Stadtvertretung über den aktuellen Stand informiert wird, sobald die Ergebnisse der Prüfung vorliegen.

Herr **Witt** antwortet, dass die Ersatzbäume Anfang 2024 gefällt und Ende 2024/Anfang 2025 neu gepflanzt werden. Bäume außerhalb dieses Gebietes werden später nachgepflanzt.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, antwortet, dass zum Ergebnis der Prüfung auf Schadensersatzmöglichkeiten informiert wird, sobald die Unterlagen zusammengestellt sind.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Leitlinie für die Diskussionskultur in der Stadtvertretung Neubrandenburg Projekt "Respekt im Rat"

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, übergibt die Leitung der Sitzung an seine Stellvertreterin, Ratsfrau **Dr. Balschat**.

Das Wort erhält Herr Tetzlaff von der Körber-Stiftung, der per Webex der Sitzung zugeschaltet ist und den Prozess der Erarbeitung der Leitlinien begleitet hat. Herr Tetzlaff dankt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für ihre geleistete Arbeit und die angenehme Zusammenarbeit.

Der Stadtpräsident übergibt die von der Arbeitsgruppe „Respekt im Rat“ ausgearbeiteten und beschlossenen Leitlinien den Vertretern der Fraktionen sowie dem Oberbürgermeister.

Der Stadtpräsident übernimmt die Leitung der Sitzung.

TOP 7 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, informiert, dass der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport am 12.07.2023 nicht tagen könne. Dem Ausschussvorsitzenden sowie seinen Stellvertretern sei eine Teilnahme nicht möglich. Der Termin soll nach Rücksprache mit dem Rechtsamt auf den 23.08.2023 um 17 Uhr verschoben und das Benehmen dazu im nächsten Hauptausschuss hergestellt werden.

Der Stadtpräsident übergibt die Leitung der Sitzung an seine Stellvertreterin, Ratsfrau **Dr. Balschat**.

Der Stadtpräsident verabschiedet Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, in den Ruhestand und dankt für die geleistete Arbeit.

Der Stadtpräsident verabschiedet Frau Kühn, Leiterin Rechnungsprüfungsamt, in den Ruhestand und dankt für die geleistete Arbeit.

Der Stadtpräsident übernimmt die Leitung der Sitzung.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) informiert, dass das digitale Innovationszentrum sowohl Stadtteilarbeit als auch Zielgruppenarbeit mit Senioren auf dem Gebiet der IT betreibt. Er wünscht dafür viel Erfolg.

Ratsherr **Schnell** (AfD) informiert über den seines Erachtens schrecklichen Zustand der unter Denkmalschutz stehenden Wachtürme auf dem Lindenberg. Es liegen teilweise umgekippte Bäume darauf. Die Türme seien nicht gesichert, für jedermann zugänglich und massiv mit Graffiti beschmiert. Er fragt, ob die Stadt plant, der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und die Wachtürme zu erhalten. Und er möchte wissen, wann die Türme gesichert werden. Die Stadt sei in der Verantwortung, vor allem Jugendliche vor der Gefahr eines Absturzes beim Besteigen mit den vor Ort befindlichen klapprigen Leitern zu schützen sowie die Türme auch für andere unzugänglich zu machen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0205**.

Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die plattdeutschen Ortseingangsschilder. Ihre Fraktion hatte vorgeschlagen, diese auch am Bahnhof anbringen zu lassen. Sie fragt, wann dies vorgenommen wird.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VII/0206**.

Ratsherr **Kracht** (AfD) informiert, dass in der letzten Sitzung, am 27.04.2023, seine Fraktion zum TOP 12, der Hauptsatzung, einen Änderungsantrag mit der Nummer 5 mit Bezug auf § 4 Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner eingebracht hat. Damals wurde der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung genommen und auch heute ist dieser Sachverhalt nicht auf der Tagesordnung. Am 12.04.2023 hatte Herr Meyer zu Schlochtern den Fraktionen seine Rechtsmeinung zu dem von der Fraktion der AfD eingebrachten Änderungsantrag mitgeteilt. Er stellte klar, dass nach seiner und auch nach Ansicht des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommerns die beabsichtigte Änderung rechtlich zulässig sei. Weiterhin geht Ratsherr Kracht auf die der Rechtsmeinung folgenden Zweckmäßigkeitserwägung des Herrn Meyer zu Schlochtern ein und fragt, warum es keine E-Mail mit einer Rechtsmeinung und Zweckmäßigkeitserwägung zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der in die gleiche Richtung gehe. Kam dieser Antrag zu spät oder kam er jetzt von der richtigen Partei. Er fragt Herrn Oberbürgermeister Witt, ob er sich diese Zweckmäßigkeitserwägung zu eigen macht, oder eher nicht.

Herr **Witt**, antwortet, dass er keine Frage erkennen konnte. Ratsherr Kracht habe vorgetragen, dass eine Rechtsmeinung oder rechtliche Stellungnahme erfolgt sei. Die Änderung der Geschäftsordnung, der Hauptsatzung und aller weiteren Dokumente obliege der Stadtvertretung. Die Darstellung im Vergleich mit einem anderen Antrag einer anderen Fraktion habe er als rhetorische Frage verstanden und geht darauf nicht ein.

Ratsherr **Lange** (SPD) bezieht sich auf die Verkehrsführung Neustrelitzer Straße. Er fragt, aus welchen Gründen zwischen der John-Schehr-Straße und der Kreuzung Weidenweg die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 60 km/h heraufgesetzt wurde.

Die schriftliche Beantwortung wird zugesagt.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0207**.

Ratsfrau **Barthel** (Bürger für Neubrandenburg) nimmt den Festschmuck der Stadt zur 775-Jahrfeier als sehr schön wahr, vermisst dabei jedoch das Stadtwappen. Zum Pfingstfest fragt sie, ob vorgesehen ist, dafür wieder einen Betreiber zu finden.

Herr **Witt** antwortet auf die Frage nach dem Stadtwappen, dass die Adorantin als Festfigur gewählt wurde und die Torspirale uminterpretiert wurde und die Jubiläumszahl 775 darstellt. Das Stadtwappen als Hoheitszeichen wurde zurückgestellt und ist für die öffentliche Darstellung durch den Oberbürgermeister genehmigungspflichtig.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, antwortet, dass sich auf die am Anfang des Jahres erfolgte Ausschreibung zum Betreiben des Pfingstfestes kein Bewerber gefunden habe. Es hatten jedoch Schausteller ihr Interesse bekundet, die sich zusammengefunden haben, um diese Veranstaltung ähnlich durchzuführen. Nicht unter einer gemeinsamen dritten Hoheit, sondern mit sich abgestimmt. Es sei gegenwärtig geplant, so weiter zu verfahren. Anderweitiges Interesse wurde nicht bekundet. Die Stadt war sehr zufrieden mit dem Ablauf des Pfingstfestes.

Ratsherr **Gille** (SPD) informiert zu Niederschlagswasser und dem möglichen Umgang damit. Er macht darauf aufmerksam, wie Trinkwasser durch Niederschlagswasser ausgetauscht und eingespart werden könne. Nach aktuellen Daten seien im Jahr 2020 546 Liter Niederschlagswasser pro m² in unserem Stadtgebiet angefallen. Nach Vorgaben des GDV, dem Gesamtverband der Versicherer, sei das Stadtgebiet zu 52 % versiegelt. Bezieht man die Stadtfläche von 85,65 km² in eine Überschlagsrechnung ein, leitet die Stadt

Neubrandenburg ca. 24.000.000 m³ Niederschlagswasser ab. Er fordert die Stadtverwaltung, die Neubrandenburger Stadtwerke und die heutigen sowie zukünftigen Stadtvertreter auf, ein Konzept für die effektive Nutzung des auf der Neubrandenburger Stadtfläche anfallende Niederschlagswasser zu erarbeiten und dieses Konzept auch zu realisieren.

Ratsfrau **Wegner** fragt, wie viele Möglichkeiten es innerstädtisch gibt, um sich von Refill-Stationen frisches Wasser zu holen.

Herr **Witt** antwortet, dass dies derzeit im Regionalmuseum, in der Regionalbibliothek sowie in der Kunstsammlung möglich sei. Zukünftig werde auch das Rathaus dazukommen.

Ratsfrau **Kanew** (fraktionslos) bittet darum, das von Ratsherrn Gille angesprochene Thema auf die nächste Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit zu setzen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schlägt ebenfalls vor, das Thema Niederschlagswasser umfassend zu beraten und Strategien zu erarbeiten.

TOP 8 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, bittet um Streichung des Änderungsblattes im TOP 21.

Der Stadtpräsident bittet um Nachtrag eines Änderungsblattes zu BV/VII/0634 (TOP 25). Die Vorlage wird mit dem Änderungsblatt öffentlich. Zur BV/VII/0645 (TOP 16) der Fraktion DIE LINKE bittet er um Nachtrag je eines Änderungsblattes und eines Änderungsantrages.

Der Stadtpräsident schlägt folgende verbundene Aussprachen vor:

- INF/VII/0188 und INF/VII/0189 (TOP 17 + TOP 18)
- BV/VII/0624, BV/VII/0625, BV/VII/0626, BV/VII/0627 (TOP 19 bis TOP 22)
- BV/VII/0632 und BV/VII/0633 (TOP 23 + TOP 24)
- BV/VII/0636 und BV/VII/0637 (TOP 27 + TOP 28)

Ratsherr **Lange** (SPD) beantragt, TOP 23 und TOP 24 vor TOP 10 zu ziehen.

Ratsherr **Bromberger** (CDU/FDP-Fraktion) beantragt nach TOP 15 eine 5-minütige Unterbrechung.

Der Stadtpräsident lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.
Diese wird einstimmig beschlossen.

TOP 9 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 23 bis 24 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 23** **Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Ortsfeuerwehr Innenstadt und Ernennung zum Ehrenbeamten**
Vorlage: BV/VII/0632

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/23/2023**

- TOP 24** **Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Ortsfeuerwehr Innenstadt und Ernennung zum Ehrenbeamten**
Vorlage: BV/VII/0633

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/24/2023**

- TOP 10** **Änderung des Beschlusses STV 27/16/2022 Vollständige Neubesetzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V**
hier: Wahl eines stellv. Mitglieds in den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport
Vorlage: BV/VII/0653

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/10/2023**

- TOP 11** **Änderung des Beschlusses STV 25/16/2022 „Vollständige Neubesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg“**
hier: Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: BV/VII/0662

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/11/2023**

- TOP 12** **Änderung des Beschlusses STV 25/18/2022 „Vollständige Neubesetzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport der Stadtvertretung Neubrandenburg“**
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport
Vorlage: BV/VII/0663

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/12/2023**

- TOP 13** **Änderung des Beschlusses STV 25/24/2022 „Neubesetzung des Beirates der Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH (PNG)“**
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Beirat der Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH
Vorlage: BV/VII/0664

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/13/2023**

**TOP 14 Erhalt und Weiterentwicklung von Stadtgrün in der Vier-Tore-Stadt
Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0638**

Begründung: Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Ratsherr **Schnell** (AfD) stimmt Ratsherrn **Dr. Kirchhefer** zu, dass Bäume sehr wichtig sind und auch von den Leuten im Stadtgebiet gewollt werden. Er fragt sich, warum die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahr 2020 den Antrag der Fraktion der AfD abgelehnt hat, der zum Inhalt hatte, Flächen zu suchen, auf denen zielgerichtet Bäume angepflanzt werden können, um mehr Grün in die Stadt zu bringen. Die Stadt sollte über diese Vorlage auch beauftragt werden, Fördermittel einzuwerben. Damals sei gesagt worden, dass das alles nicht notwendig sei. Weiterhin sieht er Schwierigkeiten in der vorliegenden Beschlussvorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, z. B. unter Punkt 3: „... Fördermittel einzuwerben und laufend in den Haushalt einzustellen, sodass eine Umsetzung ab 2024 kontinuierlich erfolgen kann.“ Hier seien die Kosten nicht genau benannt. Seine Fraktion erachtet diese Information jedoch als wichtig. Außerdem sei die Stadtverwaltung durchaus auch ohne Antrag in der Lage, eine Auswahl der benötigten Pflanzen im Hinblick auf die Entwicklung des Wetters vorzunehmen. Aus diesem Grund erachtet er die Vorlage als nicht wirklich notwendig.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) führt aus, dass sich seine Fraktion mit dem Thema Stadtgrün beschäftigt und auch Herrn Vogel eingeladen hatte. Neubrandenburg sei eine sehr grüne Stadt. Grundsätzlich werde der Vorlage zugestimmt, weil viele Ideen und Projekte, die laufen, nicht so bekannt seien. Unter anderem wurden im Stadtkreis schon Blühflächen geschaffen. Es wurden Versuche mit Anwohnerinnen und Anwohnern gemacht, sich um bestimmte Rabatten oder Beete kümmern. Die Fraktion halte es für sinnvoll, das zusammenzuschreiben. Natürlich sollte es aber nicht dabeibleiben. Vielmehr muss darauf geachtet werden, dass im nächsten Jahr konkrete Projektideen vorliegen und überlegt wird, wie diese umgesetzt werden können. Es sollte jedoch darüber Einigkeit herrschen, dass größere Projekte Geld kosten und nicht zum Nulltarif zu erreichen sind. Auch zum angesprochenen Thema Abkühlung im städtischen Raum müsse ein Beitrag geleistet werden, den die Haushaltsmittel auch hergeben. Dabei können durchaus größere Flächen angegangen werden. Weiterhin gebe es Diskrepanzen mit den Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich der Beschaffenheit der Grünflächen. Der eine möchte z. B. Golfrasen haben, der andere findet Steppenlandschaft erstrebenswert. Da müsse kommuniziert und die Öffentlichkeit mitgenommen werden. So müsse z. B. erklärt werden, warum vor einer anstehenden Trockenphase nicht mehr gemäht wird. Solche Punkte seien sinnvoll und sollten aufgelistet werden. Sie müssen besprochen, finanziell untersetzt und die Bürgerbeteiligung realisiert werden. Dem würde die Fraktion DIE LINKE Zustimmung erteilen. Ein wichtiges Thema seien auch aufgegebenen Gärten. Wie werden diese umgewidmet, was wird da gemacht, werden da z. B. Streuobstwiesen gestaltet usw.? Das könne auch in diese Projekteidee mit einfließen.

Ratsherr **Schwanke** (Bürger für Neubrandenburg) sieht in dieser Vorlage mehr Schein als Sein. Wenn er durch die Stadt fährt, sehe er nur Grün und überall werden Grünflächen entwickelt. Die Bäume in der Wollweberstraße werden ausgetauscht. In der Stadt werde überall daran gearbeitet, sie grüner zu machen, und das ganz ohne Konzept. Man sei dabei, den Friedhof in Größenordnung umzugestalten. In seiner Fraktion wurde ausgiebig und in großem Rahmen diskutiert und man sei nach reiflicher Überlegung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Vorlage nicht gebraucht wird. Den Vorschlag von Ratsherrn **Gille** zum Niederschlagswasser erachtet er jedoch als wichtig und sieht darin eine Möglichkeit, die Kosten zur Grünerhaltung der Stadt zu senken. Es könnten zielgerichtet Mittel eingeplant und nach und nach die Stadtteile mit Wassersammlern ausgerüstet werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** dankt für die Redebeiträge. Ratsherr **Jaschinski** habe mit seinen Beispielen ausgeführt, was das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist. Die Stadt habe viele Grünflächen und natürlich auch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Eigenbetrieb, denen man nicht zu sagen braucht, was zu tun ist. Man war im Vorfeld natürlich auch im Gespräch mit dem Eigenbetrieb. In der Beschlussvorlage geht es zunächst um ein Bekenntnis der Stadtvertretung, Stadtgrün und Grünpflege nicht nur unter Kostengesichtspunkten, sondern auch unter Entwicklungsgesichtspunkten zu verstehen. Dann sollten für einzelne Projekte zusätzliche Mittel gefunden werden, durch Förderung oder aus dem Haushalt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (Bürger für Neubrandenburg) dankt Ratsherrn **Dr. Kirchhefer** für die Erläuterung und fragt nach zur Finanzierung. Die Kosten sollen laufend in den Haushalt einzustellen sein und es wurde auch eine Beratung von der Verwaltung in Anspruch genommen. Sie fragt, wie das praktisch laufen soll. Denn in der Regel sei es ja so, dass erst einmal der Haushalt erstellt und dann bestimmte Maßnahmen mit bestimmten Budgetmitteln untersetzt werden. Etwas laufend in den Haushalt einzustellen sei schwierig vorzustellen. Wie soll die tatsächliche Finanzierung der tatsächlichen Maßnahmen stattfinden?

Ratsherr **Schnell** regt an, auch private Grundstückseigentümer mit einzubeziehen und nicht nur ein Konzept für städtische Flächen zu fordern.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** führt aus, dass man als Stadtvertretung vor allem Ideen sammelt für städtische Grundstücke. Natürlich seien Privatmenschen auch eingeladen und natürlich sei es auch richtig, dass die Bauaufsicht sich um Schottergärten kümmert, um Verstöße gegen die Landesbauordnung mit Hinweisen zu korrigieren. Zur Frage der Finanzierung antwortet er, dass das „laufend“ sich nicht auf unterjährig bezieht. Vielmehr soll „laufend“ bedeuten, dass in den nächsten Jahren wiederkehrend Projekte eingebracht und über die Jahre weiterentwickelt werden. Dafür, dass hier keine konkreten Projekte beschrieben wurden, gibt es Gründe. Denn die Fachleute sitzen im Eigenbetrieb. Es gehe nicht darum, für eine bestimmte Fläche eine konkrete Maßnahme aufzunehmen - dafür seien man Fachleute da. Es gehe vielmehr um eine Ermutigung, Projekte aufzustellen, die vielleicht auch mit Kosten versehen sind. Diese werden dann in einem Ausschuss vorgestellt. Dort würden diese Projekte ein Votum kriegen, mit dem Auftrag, sie in den Haushalt einzuplanen. Es sei vorstellbar, dass in regelmäßigen Gesprächen alle Fraktionen Ideen mit einbringen können, die dann bewertet würden. Aber konkrete Ausformulieren und das konkrete Umsetzen sowie die Prüfung auf Machbarkeit müsse natürlich durch die Fachleute im Eigenbetrieb erfolgen.

Ratsherr **Prof. Oppermann** (SPD) schlägt vor, aus der Vision in den Pragmatismus zu wechseln. Beispielsweise gebe es eine Kommune im Saarland, die den Bürgerservice anbietet, die Einwohnerinnen und Einwohner bei der Bepflanzung ihrer Gärten zu beraten. Diese Stadt habe ein Konzept entwickelt über 5, 6 Bäume, die sie bezuschusst, wenn diese angeschafft werden, damit von städtischer Seite aus Fauna und Flora bewusst mitgesteuert werden. Damit z. B. Bäume pflanzt werden, die nicht viel Trinkwasser verbrauchen und auch umweltresistenter sind. Wenn, dann sollte die Umsetzung der Vorlage so erfolgen, dass der Ausschuss und auch die Verwaltung konkrete praktische Beispiele finden. Ideen könnten durchaus von anderen abgeguckt werden.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) findet es gut, sich mit diesem Thema ganz bewusst zu beschäftigen. Es sei die Wertschätzung für all das, was im Grunde auch schon grün ist. Aber, wer die Demminer Straße und die Neustrelitzer Straße entlangfährt, wird kaum sagen können, dass das so genannte Straßenbegleitgrün gasteeinladend und einwohnerfreundlich ist. Das müsse auf alle Fälle besser werden. Auf unserer Agenda sollte deswegen stehen, dass Neubrandenburg eine einladende Stadt werden will. Wenn das durch diese Vorlage bewirkt wird, wäre schön viel gewonnen.

Ratsherr **Gille** (SPD) gibt den Hinweis, unbedingt die Neubrandenburger Stadtwerke in die Gespräche mit einzubeziehen. Das könne verhindern, dass Flächen beplant werden, in denen z. B. AZ-Leitungen liegen, die dann nicht bepflanzt werden dürfen.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** dankt den Ratsherren Professor **Oppermann** und **Albrecht** für die Nennung von Einzelmaßnahmen. Ihre Fraktion werde sich diesen nicht verschließen, kann insgesamt aber aus bereits genannten Gründen nicht zustimmen.

Ratsherr **Kracht** (AfD) schlägt vor, alles ab „... Fördermittel einzuwerben ...“ aus der Vorlage zu entfernen. Dann wäre der Antrag in großen Teilen zustimmungsfähig.

Ratsherr **Messner** (Bürger für Neubrandenburg) war in sämtlichen Ausschüssen, die sich mit dieser Drucksache beschäftigt haben. Er pflichtet der Verwaltung bei, dass sie konkrete Projekte braucht. Zudem gebe es nicht genügend Personal. Er schlägt vor, neben den Stadtwerken auch die NEUWOGES und die Neuwoba einzubeziehen. Das seien zwei große Wohnungsunternehmen, die viele Flächen haben. Er führt weiterhin aus, dass er die Stadt ebenfalls als sehr grün erachte. Das werde auch von seinen Gästen bestätigt. Es sei wichtig, sich um den Bestand an Grün kümmern. So bedarf z- B. die Begrünung auf dem Marktplatz einer besseren Pflege. Für mehr Pflege müsse man jedoch auch genügend Firmen haben. Bis 1989 haben sich z. B. die Bewohner der Wohngebiete um den Erhalt der Grünflächen gekümmert. Danach wurden dafür Firmen eingestellt, da sich mittlerweile keine Leute mehr finden. Wie soll die Vorlage in der Realität umgesetzt werden, wenn sich kaum Anwohner finden, die Grünflächen pflegen wollen? Das mag in Berlin und in anderen urbanen Zentren funktionieren, lässt sich aber hier in Neubrandenburg nicht 1:1 umsetzen. Deswegen sei diese Vorlage anzulehnen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** dankt für die engagierte Diskussion. Die Beispiele, in denen etwas nicht funktioniert, seien der Grund, warum die Vorlage eingebracht wurde. Insofern dankt er auch für die Argumente. Er stimmt Ratsherrn **Messner** zu, dass ein Problem darin besteht, dass das Grün an einigen Stellen so nicht entwickelt wird. Gute Beispiele, dass es funktioniert gibt es in Warnemünde und Rostock. Er ist zuversichtlich, dass das mit der nötigen Ermutigung der Bürgerinnen und Bürger auch in Neubrandenburg der Fall sein kann und bekräftigt noch nochmals das Ziel der Vorlage, dass die Stadtverwaltung Planungsgrundsätze erstellen soll.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 19 Dafürstimmen, 14 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 34/14/2023**

TOP 15 Teilnahme an der Städteinitiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angemessene Geschwindigkeiten“
Vorlage: BV/VII/0639

Begründung: Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ratsherr **Schwanke** (Bürger für Neubrandenburg) gibt zu bedenken, dass man sich hier in Neubrandenburg nicht über die Straßenverkehrsordnung hinwegsetzen kann.

Ratsherr **Kracht** (AfD) verweist auf die Festlegung aus dem Verkehrsministerium, dass die Regelgeschwindigkeit bei 50 km/h bleibt. Ausnahmen müssen auf gesetzlicher Grundlage begründbar sein. Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag daher ab.

Ratsfrau **Wegner** entgegnet, dass es sich nicht darum gehe, dass die Stadt Neubrandenburg eigenes Recht schafft. Der Antrag beinhalte den Beitritt zu der Initiative lebenswerte Städte. Diese setze sich dafür ein, dass Kommunen selber die Befugnis bekommen, die

Geschwindigkeit zu reduzieren. Es sei bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen in dieser Stadtvertretung nicht zu befürchten, dass auf einmal überall Tempo 30 eingeführt werde. Um die Initiative aus dem Bundeskabinett nicht versanden zu lassen, sollte mit der Beschlussvorlage deutlich gemacht werden, dass das Tragen dieser Verantwortung in der Kommune gewünscht sei. Inzwischen haben sich 811 Kommunen beteiligt und in letzten 5 Monaten habe sich die Zahl der unterstützenden Kommunen mehr als verdoppelt.

Ratsherr **Prof.Dr. Oppermann** (SPD) fragt, wer die Arbeit macht, wenn die Stadt beitrifft und gibt zu bedenken, dass die Verwaltung derzeit schon mit den Pflichtaufgaben am Limit stehe.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) antwortet, dass das Büro dieser Initiative in Leipzig bei der Stadt angesiedelt sein. Dort werden die Bekundungen von Kommunen, die sich beteiligen, gesammelt. Er stellt dar, dass die Beteiligung an der Initiative deutschlandweit über Parteigrenzen hinweggeht. Seine Fraktion schlägt vor, sich als Stadt dazu zu bekennen. Diese Initiative will, dass die Städte und Gemeinden in z. B. Fragen der Verkehrsgestaltung freier entscheiden können. Das Thema Tempo 30 sei auch nur Bestandteil eines Punktes der Vorlage und dort sei auch keine feste Einführung geplant, sondern man sehe es als integrierten Bestandteil einer Entwicklung und nicht als Forderung für alle Straßen.

Ratsherr **Schnell** (AfD) merkt an, dass es in Deutschland mehr als die 811 genannten Kommunen gebe. Das sei keine überwältigende Mehrheit. Es wurde bisher fast ausschließlich über Tempo 30 gesprochen. Daran könne man erkennen, wohin die Reise geht. Auch an der Äußerung von Ratsherrn **Dr. Kirchhefer** im Nordkurier, den Ring zweispurig machen zu wollen und aus der dritten Spur eine Haltespur, könne man das erkennen. Es gebe in der Stadt, außer dem Ring und den großen Straßen, bereits weitestgehend Tempo 30. Wenn es nur um das Tempo 30 in der Stadt gehe, müsste das auch ehrlich kommuniziert werden. Dann könne man darüber abstimmen und der Wunsch der Mehrheit würde akzeptiert. Ansonsten habe die Verwaltung bereits gut vorgearbeitet und die Sicherheit mehr als sorgfältig im Blick.

Ratsherr **Messner** (Bürger für Neubrandenburg) bittet um Beantwortung der Frage von Ratsherrn **Prof. Dr. Oppermann** nach der Umsetzbarkeit und woher die Men-Power dafür kommen soll. Er führt aus, dass die Fraktion Bürger für Neubrandenburg den Vorschlag ablehne. Der Beitritt zu dieser Initiative sei das „Einfallstor“ in die Tempo-30-Zone. In fast allen Wohngebieten gebe es bereits diese Zonen und auch ein Verkehrslenkssystem, das mit Ampeln aufgebaut sei.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** antwortet, kein weiterer Aufwand auf die Stadt zukomme. Es sei tatsächlich nur ein Brief aufzusetzen. Ansonsten sei es nur eine politische Erklärung, die getroffen wird. Hinsichtlich der erwähnten möglichen Zweispurigkeit des Rings teilt er mit, dass das so vom Nordkurier nicht korrekt wiedergegeben wurde. Es ging an der Stelle darum, wie damit umgegangen wird, dass Fahrzeuge ordnungswidrig auf Radwegen parken und darum, Lösungen zu finden, wie dort geparkt werden könne. Eine Möglichkeit könnte sein, dass außerhalb von verkehrsreichen Zeiten für bestimmte Fahrzeuge ein eingeschränktes Halteverbot eingerichtet werde. Er erwarte hier Vorschläge aus der Verwaltung, um zu verhindern, dass die Radwege zugeparkt werden. Es handele sich hier um Ordnungswidrigkeiten, denen nachgegangen werden müsse. Es ginge nicht um Tempo 30 oder darum, bestimmte Straßen oder Spuren permanent zu sperren.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) nimmt Bezug auf die Vorlage, in der es nicht darum gehe, in Neubrandenburg Tempo 30 einzuführen. Es gehe vielmehr darum, einer Initiative beizutreten die es ermöglicht, dass Entscheidungsbefugnisse in die Stadt kommen und somit um mehr kommunale Selbstverwaltung. Entscheidungsbefugnisse oder Entscheidungen sollten dort getroffen werden, wo man auch die Auswirkungen spürt. Und wenn in 7 oder 8 Jahren die Mehrheit der Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburger in einer Straße wünscht, dass

30, 40 oder 60 gefahren wird, dann habe man die Möglichkeit, das ganz demokratisch zu entscheiden. Diese Möglichkeit gebe es heute noch nicht. Er wirbt dafür, die Entscheidung einfach „zu uns“ zu holen.

Ratsherr **Pawlowski** (CDU/FDP-Fraktion) gibt zu bedenken, dass es sicher nicht ganz einfach sei, Ampeln umzustellen, da diese in ein Gesamtnetz eingebunden sind.

Ratsfrau **Wegner** führt aus, dass der Beitritt zu den Initiative erstmal kostenneutral sei. Über Kosten müsse erst nachgedacht werden, wenn man an irgendeiner Stelle tatsächlich zu der Entscheidung kommt, dass es sinnvoll ist, z. B. die Geschwindigkeit zu verändern.

Die Diskussion sei ihr unverständlich und gehe an der Vorlage vorbei, in der es doch einzig und allein darum gehe, die Zuständigkeit an die Kommunen zu koppeln, wohin sie aus ihrer Sicht gehöre.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen, 23 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen *abgelehnt*.

Beschlussnummer: **STV 34/15/2023**

Die Sitzung wird 17:17 Uhr unterbrochen und 17:28 Uhr fortgesetzt.

TOP 16 Einrichtung von Rettungspunkten „Notfallbänke“
Vorlage: BV/VII/0645 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Waeller** (CDU/FDP-Fraktion) gibt nach der Beratungspause Änderungen zum Antrag seiner Fraktion als Einreicher bekannt und begründet ihn.

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, innerhalb des Stadtgebietes, insbesondere im Kulturpark und an weniger belebten Standorten im Stadtgebiet und auf dem Teil des Tollensesrundweges, so genannte Rettungspunkte (z. B. Notfallbänke) einzurichten. Dazu sind eindeutige Nummern sowie die Notrufnummer 112 z. B. Sitzbänken, Kreuzungen oder Bäumen kenntlich zu machen. Die Daten sollen in Abstimmung mit der integrierten Leitstelle „Mecklenburgische Seenplatte“ in das vorhandene System eingestellt werden.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei den Anliegergemeinden am Tollensesrundweg für das Projekt zu werben und darauf hinzuwirken, Rettungspunkte kenntlich zu machen.

Punkt 3 entfällt und wird mit übernommen ins Tourismuskonzept.

Der Titel der Beschlussvorlage soll in „Einrichtung von Rettungspunkten“ geändert werden.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) zieht den Änderungsantrag ihrer Fraktion zurück.

Wortmeldung: Ratsfrau Dr. Balschat

Ratsfrau **Kanew** (fraktionslos) stellt folgenden Änderungsantrag.

Beschlusspunkt 1 lautet wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, innerhalb des Stadtgebietes, insbesondere im Kulturpark und an den weniger belebten Standorten im Stadtgebiet und auf dem Teil des Tollenseseeerundwegs so genannte Rettungspunkte, z. B. Notfallbänke, einzurichten. Die Rettungspunkte betragen um den Tollensesee bzw. am Tollenseseeerundweg im Einzugsgebiet der Stadt Neubrandenburg eine Distanz von maximal 300 m. Dazu sind eindeutige Referenz-Codes sowie die Notfallnummer 112 auf den Vorrichtungen (vorzugsweise Sitzbänke) kenntlich zu machen. Die Daten sollen in Abstimmung mit der

integrierten Leitstelle Mecklenburgische Seenplatte in das vorhandene Geodaten-System eingestellt werden.

Weitere Wortmeldungen: Ratsherr Dr. Wieland, Ratsherr Bromberger, Ratsherr Lange, Ratsherr Schnell

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (Bürger für Neubrandenburg) macht den Einreicher auf eine Diskrepanz in den finanziellen Auswirkungen aufmerksam. Dort beziehe man sich ausschließlich auf die Bänke. Sie empfiehlt, die finanziellen Auswirkungen umzuändern und die Gesamtkosten mit der Summe zwischen 3.000 und 10.000 Euro auszuweisen, den Rest zu streichen.

Ratsherr **Bromberger** (CDU/FDP-Fraktion) teilt daraufhin mit, dass, in Absprache mit Frau Rathsack, der Antrag folgendermaßen umformuliert wird:

Mit der Beschilderung ergeben sich Gesamtkosten zwischen 3.000 bis 10.000 Euro.

Es erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag von Ratsfrau Kanew.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 2 Dafürstimmen, 28 Gegenstimmen und 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die geänderte Vorlage kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/16/2023**

Tagesordnungspunkte 17 + 18 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 17 Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 3 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V) an die Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: INF/VII/0188

Begründung: Ratsherr **Mieth**, Vorsitzender Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsherr **Gesswein** (CDU/FDP-Fraktion) hat eine Nachfrage zur Übernahme der Prüfung für das Amt Neverin.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, teilt mit, dass er zu den Inhalten im nichtöffentlichen Teil antworten wird.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 18 Bericht der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 3 Abs. 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V) gegenüber dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und der Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: INF/VII/0189

Begründung: Frau **Kühn**, Leiterin Rechnungsprüfungsamt

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 19 bis 22 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 19** **Beschluss über die Annahme einer Spende von Herrn Bernd Heise durch die Stadtvertretung - Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung - 40 Kunstwerke in verschiedenen Techniken von 21 Künstlern**
Vorlage: BV/VII/0624 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 33 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/19/2023**

- TOP 20** **Beschluss über die Annahme einer Spende von Herrn Eckart Sarnow durch die Stadtvertretung - Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung - neun Kunstwerke aus dem Bereich Grafik**
Vorlage: BV/VII/0625 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 33 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/20/2023**

- TOP 21** **Annahme einer Spende der Nordkurier Füreinander gGmbH durch die Stadtvertretung - Geldzuwendung in Höhe von 13.080,00 Euro für die Herstellung und Verlegung von vier Bronzeplatten für den Neubrandenburger Walk of Sport in der Stargarder Straße**
Vorlage: BV/VII/0626

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 33 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/21/2023**

- TOP 22** **Annahme einer Spende des Freundeskreis der Kunstsammlung Neubrandenburg e.V. durch die Stadtvertretung - Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung - 14 Kunstwerke in den Bereichen Gemälde, Grafik/Arbeiten auf Papier sowie Plastiken**
Vorlage: BV/VII/0627 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/22/2023**

- TOP 25** **Gewerbegebietsmanagement für das Industriegelände Neubrandenburg zur Bewältigung der Herausforderungen der Energiekrise und des Klimaschutzes**
Vorlage: BV/VII/0634

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 34/25/2023**
Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

gez.
Jan Kuhnert
Stadtpräsident

gez.
Heike Witt
Protokollantin